

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	29.11.2012

Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für Soziales und Senioren

Vor dem Hintergrund des tragischen und unfassbaren Vorfalles im Jobcenter Neuss, bei dem eine dort beschäftigte Mitarbeiterin zu Tode gekommen ist, erfolgt aktuell erneut eine Überprüfung der bestehenden Sicherheitsstandards im Amt für Soziales und Senioren mit dem Ziel, die Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch weiter zu verbessern.

Bereits seit vielen Jahren gibt es eine Reihe von Maßnahmen, um die Arbeitsrahmenbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - insbesondere in den publikumsintensiven und konflikträchtigen Arbeitsbereichen - unter dem Aspekt der Sicherheit möglichst optimal zu gestalten. Hierbei werden schwerpunktmäßig präventive, aber auch repressive und interaktive Ansätze verfolgt. Als wesentliche Punkte können hier genannt werden:

- Schulungsangebote in den Bereichen Kommunikation, Konfliktvermeidung / Konfliktbewältigung und Deeskalation
 - ▶ die Seminare sind Pflicht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 - ▶ die Besonderheiten des zu betreuenden Kundenkreises werden berücksichtigt (z.B. Umgang mit psychisch erkrankten Personen)
 - ▶ in den Schulungen wird theoretisches Wissen vermittelt, ein Schwerpunkt liegt aber auch in praktischen Trainings
- Einsatz eines dv-unterstützten Alarmierungssystems
- Einsatz eines Wachdienstes in dem Gebäude Kalk-Karree
- Zwischentüren in fast allen Büroräumen
- Erteilung von Hausverboten / Erstattung von Strafanzeigen bei körperlichen und / oder verbalen Übergriffen
- Angebot an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nach Bedrohungs- bzw. Gewaltsituationen unverzüglich eine professionelle psychologische Beratung in Anspruch zu nehmen (sog. psychologischer Krisendienst); es handelt sich hierbei um eine Akutintervention zur Vermeidung langfristiger gesundheitlicher Folgeschäden

Neben einer erneuten Bestandsaufnahme der bereits vorhandenen Maßnahmen und Rahmenbedingungen wurde auch Kontakt zu Sachverständigen aus dem Bereich Kriminalprävention / Opferschutz der Kölner Polizei aufgenommen. Durch Einbeziehung von Expertenwissen soll sichergestellt werden, dass die Analyse umfassend und fachgerecht erfolgt und alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstbetrieb zu schützen.

Auch Vorschläge aus dem Kreis der Beschäftigten werden aufgegriffen und in die Überprüfungen mit einbezogen.

Bislang wurden folgende konkreten Maßnahmen in die Wege geleitet:

- Erneute Durchführung von Schulungen zum Thema „Gewaltprävention am Arbeitsplatz“

Die Schulungen werden durch die Polizei Köln, Bereich Kriminalprävention / Opferschutz, durchgeführt und finden in der Zeit von Januar bis März 2013 statt. Es soll den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vermittelt werden, welche Möglichkeiten im Bereich des eigenen Verhaltens bestehen, gewalttätigen Situationen vorzubeugen, und welche Handlungsoptionen es in akuten Gefahrensituationen gibt.

- Ortsbegehungen

Gemeinsam mit Sachverständigen der Polizei wird in Kürze eine Begehung der Räumlichkeiten, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tagtäglich im Publikumskontakt eingesetzt sind, erfolgen. Hierbei soll analysiert werden, ob und wenn ja welche Möglichkeiten es gibt, die technischen und baulichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

- Überprüfung, welche Möglichkeiten zur Optimierung des dv-unterstützten Alarmierungssystems bestehen

- Beschaffung von Trillerpfeifen

Hierdurch soll für die Beschäftigten eine Möglichkeit geschaffen werden, in Gefahrensituationen ein zusätzliches akustisches Alarmsignal abzusetzen.

- Optimierung / Ausweitung des Einsatzes von Wachdiensten

Die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln wurde diesbzgl. mit der Bitte um Unterstützung angeschrieben.

- Entwicklung eines Informations- und Merkblattes für alle Beschäftigten zu den bestehenden Sicherheitsvorkehrungen und Unterstützungsangeboten

Zu den Ergebnissen der noch laufenden Überprüfungen und den daraus ggf. resultierenden Konsequenzen wird das Amt für Soziales und Senioren zu gegebener Zeit berichten.

gez. Reker